

Gebührensatzung vom 19.12.2008
zur Entwässerungssatzung für das kanalisierte und nicht kanalisierte Gebiet der Stadt Warendorf vom 17.12.1998

Auf Grund der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land NRW, in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.06.2008 (GV.NRW S. 514) und der §§ 1, 2, 4, 6, 7 und 12 des Kommunalabgabengesetzes für das Land NRW (KAG NRW) vom 21.10.1969 (GV NRW S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11.12.2007 (GV.NRW vom 08.01.2008, S. 8) sowie der §§ 64 und 65 des Wassergesetzes für das Land NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.06.1995, zuletzt geändert durch Gesetz vom 11.12.2007 (GV.NRW 2007, S. 708 ff), in Kraft getreten am 31.12.2007, in Verbindung mit der Entwässerungssatzung für das kanalisierte und nicht kanalisierte Gebiet der Stadt Warendorf vom 17.12.1998 in der geänderten Fassung vom 18.12.2006, hat der Rat der Stadt Warendorf in seiner Sitzung am 18.12.2008 die folgende Gebührensatzung beschlossen:

§ 1

Benutzungsgebühren

- (1) Die Stadt Warendorf erhebt für die Inanspruchnahme der öffentlichen Abwasseranlage Gebühren nach dieser Satzung. Ferner erhebt sie für die Aufwendungen der Entsorgung von Kleinkläranlagen, abflusslosen Gruben und Abscheider sowie der Überwachung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben Gebühren nach dieser Satzung.
- (2) In die Abwassergebühr wird eingerechnet:
 - die Abwasserabgabe für eigene Einleitungen der Stadt
 - Fremdeinleitungen, für die die Stadt die Abgabe zu entrichten hat,
 - Verbandslasten im Sinne des § 7 KAG NRW, die von Wasser- und Bodenverbänden auf die Stadt umgelegt werden
 - die Abwasserabgabe für die Einleitung von Regenwasser,
 - die Abwasserabgabe, die von Abwasserverbänden auf die Gemeinde umgelegt wird.
- (3) Die Abwasserabgabe für Fremdeinleitungen, die im Einzelfall für namentlich genannte Einleiter festgesetzt wird und für die die Stadt abgabepflichtig ist, wird in vollem Umfang vom Abwassereinleiter angefordert.
- (4) Die Abwasserabgabe für Kleineinleiter wird im Rahmen der Gebührenerhebung nach § 7 dieser Satzung von denjenigen erhoben, die eine Kleinkläranlage haben, die nicht den Anforderungen des § 57 LWG NRW entspricht.
- (5) Die Abwassergebühr ruht als öffentliche Last auf dem Grundstück.

§ 2

Gebührensätze

- (1) Als Schmutzwassergebühr wird
 - a) eine Grundgebühr je angeschlossenem Grundstück (das mit dem anfallenden Schmutzwasser an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen ist) von **82,68 €/Jahr bzw. 6,89 €/Monat für das Jahr 2008** und von **81,72 €/Jahr bzw. 6,81 €/Monat für 2009** für Vorhalteleistungen der Stadt

und

- b) eine Zusatzgebühr von **2,19 € je m³ Schmutzwasser für das Jahr 2008** und von **2,11 € je m³ Schmutzwasser für 2009** erhoben.
- (2) Für die bebauten und/oder befestigten Grundstücksflächen, von denen Regenwasser leitungsgebunden oder nicht leitungsgebunden in die gemeindliche Abwasseranlage gelangen kann, werden
- a) pro angefangene 100 m² bebaute (bzw. überbaute) und/oder befestigte sowie in die öffentliche Abwasseranlage abflusswirksame Grundstücksfläche eine Grundgebühr von **12,36 € für das Jahr 2008** und von **12,24 € für 2009** für Vorhalteleistungen der Stadt
- und
- b) sofern Regenwasser von diesen Flächen in die städtische Abwasseranlage eingeleitet wird, eine Zusatzgebühr von **0,31 €/qm für das Jahr 2008** und von **0,30 €/qm für 2009** erhoben.
- (3) Die Kleineinleiterabgabe beträgt je Bewohner und Jahr **17,90 €**.
- (4) Für das Abfahren und die Behandlung von Klärschlamm aus Kleinkläranlagen in das Klärwerk wird die Gebühr nach der abgefahrenen Menge in m³ erhoben. Die Gebühr beträgt **10,74 € je angefangene 0,5 m³ abgefahrenen Klärschlamm im Jahr 2008** und **10,22 € je angefangene 0,5 m³ abgefahrenen Klärschlamm im Jahr 2009**.
- (5) Für das Abfahren und die Behandlung von Abwasser aus abflusslosen Gruben in das Klärwerk wird die Gebühr nach der abgefahrenen Menge in m³ erhoben. Die Gebühr beträgt **8,16 € je angefangene 0,5 m³ abgefahrener Grubenhalt im Jahr 2008** und **8,05 € je angefangene 0,5 m³ abgefahrener Grubenhalt im Jahr 2009**.
- (6) Für die Auslegung zusätzlicher Schlauchlängen über 25 m hinaus werden bei der Abfuhr von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben **0,60 €/lfdm** erhoben.
- (7) Für eine vom Betreiber/Nutzungsberechtigten einer Kleinkläranlage oder abflusslosen Grube verschuldete vergebliche Anfahrt des Entsorgungsunternehmens wird eine Gebühr von **29,75 €** erhoben
- (8) Die Gebühr für die Behandlung von Schlamm aus Fettabscheidern / Abwasservorbehandlungsanlagen beträgt **18,64 € je angefangenen m³ im Jahr 2008** und **15,27 € je angefangenen m³ im Jahr 2009**.
- (9) Die Gebühr für die Überwachung einer Kleinkläranlage oder abflusslosen Grube beträgt **74,72 €**.
- (10) Die Veranlagung zu den o. g. Gebühren wird dem Gebührenpflichtigen durch einen entsprechenden Gebühren-/Abgabenbescheid bekannt gegeben.

§ 3

Gebührenmaßstäbe

- (1) Die Stadt erhebt getrennte Abwassergebühren für die Beseitigung von Schmutz- und Regenwasser (Sammeln, Fortleiten, Behandeln, Einleiten, Versickern, Verregnen und Verrieseln sowie das Entwässern von Klärschlamm im Zusammenhang mit der Beseitigung des Abwassers).

- (2) Die Schmutzwasserbenutzungsgebühr bemisst sich nach dem Frischwassermaßstab (§ 4).
- (3) Die Regenwassergebühr bemisst sich auf der Grundlage der Quadratmeter der bebauten (bzw. überbauten) und/oder versiegelten Fläche auf den angeschlossenen Grundstücken, von denen Regenwasser abflusswirksam in die gemeindliche Abwasseranlage gelangen kann (§ 5).

§ 4

Schmutzwassergebühren

- (1) Die Gebühr für Schmutzwasser wird
 - a) als Grundgebühr je Grundstück und
 - b) als Zusatzgebühr erhoben. Die Zusatzgebühr wird nach der Menge des häuslichen und gewerblichen Schmutzwassers berechnet, das der Abwasseranlage von den angeschlossenen Grundstücken zugeführt wird. Berechnungseinheit ist der Kubikmeter (m³) Schmutzwasser.
- (2) Als Schmutzwassermenge gilt die aus der öffentlichen Wasserversorgungsanlage bezogene Frischwassermenge und die aus privaten Wasserversorgungsanlagen (z.B. privaten Brunnen, Regenwassernutzungsanlagen) gewonnene Wassermenge, abzüglich der auf dem Grundstück nachweisbar verbrauchten und zurückgehaltenen Wassermengen, die nicht in die städtische Abwasseranlage eingeleitet werden. Bei vorhandenen Abwasserzählern gilt die hieraus ermittelte Menge als Schmutzwassermenge.
Für das laufende Jahr wird eine Vorauszahlung mit dem Maßstab des Vorjahres erhoben, die Ende des Jahres saldiert wird.
- (3) Die dem Grundstück zugeführten Wassermengen werden grundsätzlich durch Wasserzähler ermittelt. Bei der aus der öffentlichen Wasserversorgungsanlage bezogenen Wassermenge gilt die von den Wasserversorgern für das jeweilige Kalenderjahr ermittelte und mitgeteilte Wassermenge als Verbrauchsmenge.
- (4) Bei der Wassermenge aus privaten Wasserversorgungsanlagen (z.B. privaten Brunnen, Regenwassernutzungsanlagen) hat der Gebührenpflichtige den Mengennachweis durch einen auf seine Kosten eingebauten und ordnungsgemäß funktionierenden Wasserzähler zu führen. Den Nachweis über den ordnungsgemäß funktionierenden Wasserzähler obliegt dem Gebührenpflichtigen.
- (5) Solange der Einbau von Wassermessern nicht erfolgt, wird die der Veranlagung zu den laufenden Benutzungsgebühren zugrunde zu legende Wassermenge von der Stadt geschätzt. Bei Privathaushalten beläuft sich die Schätzung auf mindestens 42 m³/Einwohner/Kalenderjahr bzw. 3,5 m³ /E/Monat.

Anstelle der Schätzung kann erst der tatsächliche Wasserverbrauch treten, wenn dieser durch einen Wassermesser nachgewiesen wird. Eine rückwirkende Verrechnung ist dann nicht mehr möglich.

Hat ein Wassermesser nicht richtig oder überhaupt nicht angezeigt, so wird die Wassermenge von der Stadt unter Berücksichtigung der begründeten Angaben des Gebührenpflichtigen geschätzt.

Wird die geschätzte Wassermenge von 42 m³ / Einwohner/ Kalenderjahr durch Ableitung der zugeführten Wassermengen überschritten, so gilt dieser durch Wasserzähler gemessene Verbrauch als zugrunde zu legende Abwassermenge.

- (6) Bei der Berechnung der personenabhängigen Schätzung wird die Personenzahl zugrunde gelegt, die mit Hauptwohnung zum Zeitpunkt der Ermittlung auf dem Grundstück gemeldet ist. Auf Antrag des Gebührenpflichtigen kann bei Änderungen für jeden vollen Monat der im Melderegister veränderten Personenzahl im laufenden Jahr eine Korrektur erfolgen.
- (7) Sofern eine Wohnung bezogen wird, für die noch kein volles Abrechnungsjahr als Bemessungsgrundlage vorliegt, wird ebenfalls ein Wasserverbrauch von mindestens $42 \text{ m}^3/\text{Einwohner}/\text{Kalenderjahr}$ bzw. $3,5 \text{ m}^3/\text{E}/\text{Monat}$ als Vorausleistung zugrunde gelegt. Sobald am Jahresende ein Verbrauch vorliegt, erfolgt eine Abrechnung zwischen dem geschätzten und dem tatsächlich nach Zählerstand festgestellten Verbrauch. Diese tatsächlich ermittelte Menge wird, soweit noch kein voller Jahresverbrauch vorliegt, als Vorausleistung auf ein Jahr hochgerechnet.
- (8) Bei der Ermittlung der Schmutzwassermenge werden die auf dem Grundstück nachweisbar verbrauchten oder zurückgehaltenen Wassermengen abgezogen. Von dem Abzug sind Wassermengen bis zu 15 m^3 jährlich ausgeschlossen. Der Nachweis der verbrauchten und zurückgehaltenen Wassermengen obliegt den Gebührenpflichtigen. Der Gebührenpflichtige ist verpflichtet, den Nachweis der verbrauchten oder zurückgehaltenen Wassermengen durch einen auf seine Kosten eingebauten ordnungsgemäß funktionierenden Wasserzähler zu führen. Den Nachweis über den ordnungsgemäß funktionierenden Wasserzähler obliegt dem Gebührenpflichtigen. Ist der Einbau eines Wasserzählers im Einzelfall nicht zumutbar, so hat der Gebührenpflichtige den Nachweis durch nachprüfbare Unterlagen zu führen, aus denen sich insbesondere ergibt, aus welchen nachvollziehbaren Gründen Wassermengen der gemeindlichen Abwasseranlage nicht zugeleitet werden und wie groß diese Wassermengen sind. Die nachprüfbaren Unterlagen müssen geeignet sein, der Gemeinde eine zuverlässige Schätzung der auf dem Grundstück zurückgehaltenen Wassermengen durchzuführen. Soweit der Gebührenpflichtige aus diesem Grund mittels eines speziellen Gutachtens den Nachweis erbringen will, hat er die gutachterlichen Ermittlungen vom Inhalt, von der Vorgehensweise und vom zeitlichen Ablauf vorher mit der Gemeinde abzustimmen.

§ 5

Regenwassergebühr

- (1) Grundlage der Gebührenberechnung für das Regenwasser ist die Quadratmeterzahl der bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten Grundstücksfläche, von denen Regenwasser leitungsgebunden oder nicht leitungsgebunden abflusswirksam in die gemeindliche Abwasseranlage gelangen kann. Eine nicht leitungsgebundene Zuleitung liegt insbesondere vor, wenn von bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten Flächen oberirdisch aufgrund des Gefälles Regenwasser in die gemeindliche Abwasseranlage gelangen kann.
- (2) Für befestigte Flächen, die nachweislich in eine Versickerungsanlage mit Notüberlauf zur öffentlichen Abwasseranlage entwässern, wird ein Nachlass auf die Zusatzgebühr nach § 2 Abs. 2 Buchstabe b in Höhe von 90 % gewährt.
- (3) Bei Dachbegrünungen wird auf Antrag des Gebührenpflichtigen als Gebühreennachlass die Größe der begrüneten Dachfläche um 50 % reduziert. Der Dachbegrünung muss seitens der Entsorgungsbetriebe zugestimmt worden sein und sie muss durch die Entsorgungsbetriebe abgenommen worden sein. Die Reduzierung erfolgt zum 1. des auf die Abnahme folgenden Monats.

- (4) Bei Regenwassernutzungsanlagen mit Notüberlauf zur öffentlichen Abwasseranlage wird auf Antrag des Gebührenpflichtigen für jeden im Haus oder Garten verbrauchten Kubikmeter Regenwasser 1 m² an diese Regenwassernutzungsanlage angeschlossene Fläche bei der Berechnung der Benutzungsgebühr abgezogen. Der Nachweis über die Menge des verbrauchten Regenwassers hat über eine vom Gebührenpflichtigen zu installierenden, geeichten Wassermesser zu erfolgen. Der Wassermesser muss von den Entsorgungsbetrieben abgenommen worden sein. Der Nachlass wird ab dem 1. des auf die Abnahme folgenden Monats gewährt.
- (5) Die bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten Flächen werden im Wege der Befragung der Eigentümer der angeschlossenen Grundstücke ermittelt. Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, der Stadt auf Anforderung die Quadratmeterzahl der bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten sowie in die öffentliche Abwasseranlage abflusswirksamen Fläche auf seinem Grundstück mitzuteilen (Mitwirkungspflicht). Insbesondere ist er verpflichtet, zu einem von der Stadt vorgelegten Lageplan über die bebauten (bzw. überbauten) und/oder versiegelten sowie abflusswirksamen Flächen auf seinem Grundstück Stellung zu nehmen und mitzuteilen, ob diese Flächen durch die Stadt zutreffend ermittelt wurden. Auf Anforderung der Stadt hat der Grundstückseigentümer einen Lageplan oder andere geeignete Unterlagen vorzulegen, aus denen sämtliche bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten Flächen entnommen werden können. Soweit erforderlich, kann die Stadt die Vorlage weiterer Unterlagen fordern. Kommt der Grundstückseigentümer seiner Mitwirkungspflicht nicht nach oder liegen für ein Grundstück keine geeigneten Angaben/Unterlagen des Grundstückseigentümers vor, wird die bebaute (bzw. überbaute) und/oder befestigte sowie abflusswirksame Fläche von der Stadt geschätzt.
- (6) Wird die Größe der bebauten und/oder befestigten Fläche verändert, so hat der Grundstückseigentümer dies der Stadt innerhalb eines Monats nach Abschluss der Veränderung anzuzeigen. Für die Änderungsanzeige gilt § 5 Abs. 5 entsprechend. Die veränderte Größe der bebauten und/oder versiegelten Fläche wird mit dem 1. Tag des Monats berücksichtigt, nach dem die Änderungsanzeige durch den Gebührenpflichtigen der Stadt zugegangen ist.

§ 6

Kleinkläranlagen / abflusslose Gruben

- (1) Für das Abfahren und die Behandlung von Klärschlamm aus Kleinkläranlagen in das Zentralklärwerk sowie für das Auspumpen und Abfahren der Inhaltsstoffe aus abflusslosen Gruben und deren Beseitigung wird die Gebühr nach der abgefahrenen Menge in m³ erhoben.
- (2) Maßstab der Gebühren für die Entsorgung von Kleinkläranlagen, abflusslosen Gruben und Abscheider nach § 2 Abs. 5 bis 8 dieser Satzung ist die festgestellte Menge des abgefahrenen Grubeninhalts / Abscheiders. Zur Abfuhr gehört auch das für das Absaugen evtl. erforderliche Spülwasser. Als Berechnungseinheit gilt der Kubikmeter (m³) abgefahrenen Grubeninhaltes, gemessen an der Messeinrichtung des Spezialabfuhrfahrzeuges.
- (3) Die Gebührenpflicht entsteht mit dem Zeitpunkt der Abfuhr.
- (4) Gebührenpflichtiger ist der Grundstückseigentümer, der Erbbauberechtigte oder der sonst zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte, auf dessen Grundstück die Kleinkläranlage / abflusslose Grube betrieben wird.

- (5) Falls der Grundstückseigentümer oder Nutzungsberechtigte seinen Verpflichtungen nach den Bestimmungen der Entwässerungssatzung nicht oder nicht ausreichend nachkommt und sich dadurch Mehraufwendungen ergeben, ist er zum Ersatz der hierdurch bedingten Mehrkosten verpflichtet.

§ 7 Kleineinleiter

Die Stadt erhebt zur Deckung der Abwasserabgabe von den Kleineinleitern eine Kleineinleiterabgabe nach § 2 Abs. 3 dieser Satzung.

Diese Kleineinleiterabgabe wird nach der Zahl der Bewohner des Grundstückes, die am **01.10.** des dem Erhebungszeitraum vorhergehenden Jahres dort mit Hauptwohnung gemeldet waren, festgesetzt. Änderungen in Bezug auf die Größe der Familie zwischen dem 01.10. und dem 31.12. des letzten Jahres können auf Antrag berücksichtigt werden. Änderungen in Bezug auf die Größe der Familie ab dem 01.01. des Veranlagungsjahres werden nicht berücksichtigt.

§ 8 Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht

- (1) Die Gebührenpflicht beginnt mit dem 1. des Monats, der auf den Zeitpunkt der betriebsfertigen Herstellung des Kanalanschlusses folgt. Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr und bei Entstehen der Gebührenpflicht während eines Kalenderjahres der Restteil des Jahres.
- (2) Für Anschlüsse, die beim Inkrafttreten dieser Satzung bereits bestehen, beginnt die Gebührenpflicht nach dieser Satzung mit deren Inkrafttreten.
- (3) Die Gebührenpflicht endet mit dem Wegfall des Anschlusses an die öffentliche Abwasseranlage. Endet die Gebührenpflicht im Laufe eines Monats, so wird die Gebühr bis zum Ablauf des Monats erhoben, in dem die Veränderung erfolgt.
- (4) Die Pflicht zur Zahlung der Kleineinleiterabgabe endet mit Ablauf des Jahres, in dem die Voraussetzung (z. B. durch Kanalanschluss) wegfällt.
- (5) Die Gebührenpflicht für die Übernahme von Schlämmen bzw. Abwasser aus abflusslosen Gruben nach § 2 Abs. 5 – 8 entsteht am Tage der Übernahme.

§ 9 Gebührenpflichtige

- (1) Gebührenpflichtige sind
 - a) der Grundstückseigentümer bzw. wenn ein Erbbaurecht bestellt ist, der Erbbauberechtigte,
 - b) der Nießbraucher oder derjenige, der ansonsten zur Nutzung des Grundstücks dinglich berechtigt ist;
 - c) bei Straßen für die Regenwassergebühr der zuständige Straßenbaulastträger.

Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.

- (2) Im Falle eines Eigentumswechsels ist der neue Grundstückseigentümer von Beginn des Monats an gebührenpflichtig, der dem Monat der Rechtsänderung im Grundbuch folgt. Für sonstige Gebührenpflichtige gilt dies entsprechend. Eigentums- bzw. Nutzungswechsel hat der bisherige Gebührenpflichtige der Stadt innerhalb eines Monats nach der Rechtsänderung schriftlich mitzuteilen.
- (3) Die Gebührenpflichtigen haben alle für die Errechnung der Gebühren erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie der Stadt die erforderlichen Daten und Unterlagen zu überlassen. Sie haben ferner zu dulden, dass Beauftragte der Stadt das Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlagen festzustellen und zu überprüfen.

§ 10

Fälligkeit der Gebühr

- (1) Sämtliche Gebühren und die Kleininleiterabgabe werden einen Monat nach Bekanntgabe des entsprechenden Bescheides fällig. Sie können zusammen mit anderen Abgaben angefordert werden. Erfolgt die Anforderung zusammen mit der Grundsteuer, so gilt deren Fälligkeit (§ 28 Grundsteuergesetz).
- (2) Das Ablesen der Zähler erfolgt einmal jährlich am Ende eines Kalenderjahres. Soweit erforderlich, kann sich die Stadt hierbei der Mitarbeit der Gebührenpflichtigen bedienen.

§ 11

Vorausleistungen

- (1) Die Gemeinde erhebt am 15.2, 15.5, 15.8 und 15.11 jeden Kalenderjahres nach § 6 Abs. 4 KAG NRW Vorausleistungen auf die Jahres-Abwassergebühr in Höhe von $\frac{1}{4}$ des Betrages, der sich aus der Abrechnung des Vorjahres ergibt. Ist eine solche Berechnung nicht möglich, bemessen sich die Abschlagszahlungen und Teilzahlungen nach dem durchschnittlichen Verbrauch vergleichbarer Haushalte oder Betriebe.
- (2) Der Vorausleistungssatz entspricht dem Gebührensatz für das jeweilige Kalenderjahr
- (3) Die Gebühr entsteht erst am 31.12. des jeweiligen Kalenderjahres. Die Endabrechnung und endgültige Festsetzung erfolgt im darauf folgenden Kalenderjahr durch Bescheid.
- (4) Ergibt sich bei der Abrechnung, dass zu hohe Vorausleistungen bemessen wurden, so wird der übersteigende Betrag erstattet bzw. verrechnet. Wurden Vorausleistungen zu gering bemessen, wird der fehlende Betrag bei der Abrechnung nacherhoben. Nach der Beendigung des Benutzungsverhältnisses werden zuviel gezahlte Vorausleistungen erstattet. Die auf einen zurückliegenden Erhebungszeitraum bezeichneten Abrechnungsbeträge sowie die sich aus der Abrechnung der Vorausleistungen ergebenden Nachzahlungsbeträge sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

§ 12

Auskunftspflichten

- (1) Die Gebührenpflichtigen haben alle für die Berechnung der Gebühren erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie Daten und Unterlagen zu überlassen. Sie haben zu dulden,

dass Beauftragte der Stadt das Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen.

- (2) Werden die Angaben verweigert oder sind sie aus sonstigen Gründen nicht zu erlangen, so kann die Stadt die für die Berechnung maßgebenden Merkmale unter Berücksichtigung aller sachlichen Umstände schätzen oder durch einen anerkannten Sachverständigen auf Kosten des Gebührenpflichtigen schätzen lassen.

§ 13

Zwangsmittel

Die Androhung und Festsetzung von Zwangsmitteln bei Zuwiderhandlungen gegen diese Satzung richtet sich nach den Vorschriften des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW.

§ 14

Rechtsmittel

Das Verfahren bei Verwaltungsstreitigkeiten richtet sich nach den Vorschriften der Verwaltungsgerichtsordnung.

§ 15

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2008 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung vom 14.12.1998 zur Entwässerungssatzung der Stadt Warendorf in der Fassung der 10. Änderungssatzung vom 09.05.2008 außer Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Gebührensatzung vom 19.12.2008 zur Entwässerungssatzung für das kanalisierte und nicht kanalisierte Gebiet der Stadt Warendorf vom 17.12.1998

Die vorstehende Satzung wird hiermit gemäß § 14 der Hauptsatzung der Stadt Warendorf vom 16.09.2005, in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 20.06.2008, öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land NRW (GO.NW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) der Ratsbeschluss ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Warendorf, den 19.12.2008


(Jochen Walter)
Bürgermeister